

Eine grundsätzliche Lösung der Wohnungsnot konnte aber nur ein forcierter Arbeiterwohnungsbaubringen, indem die Industrieunternehmen und die Kommunen bzw. der Staat an einem Strang zogen. Die Realität im saarländischen Industriegebiet glich allerdings in frappierender Weise derjenigen in Lothringen und Luxemburg. Betrieblicherseits wurde gebaut – jedoch bei weitem nicht genug, obwohl die Burbacher Hütte schon im Jahre 1858, d.h. zwei Jahre nach der Werksgründung, die ersten Arbeiterhäuser hatte errichten lassen.<sup>163</sup> Die Gemeinde Malstatt-Burbach überließ – wie viele Kommunen – die Befriedigung des Wohnungsbedarfs sehr lange ausschließlich dem privaten Wohnungsmarkt. Das Jahr 1890 bildete in gewissem Sinne eine Schwelle für die lokale Wohnungspolitik. Erst in den 1890er Jahren wurden das Wanderungsgeschehen und die damit verbundenen Unterbringungsprobleme in ihrer Dringlichkeit erkannt und seitens der Stadt nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. So kam es im Jahre 1891 zur Gründung einer *Gemeinnützigen Baugenossenschaft* (GBG), an deren Aktivitäten sich die Kommune im Gegensatz zur Stadt Diedenhofen als federführendes Mitglied beteiligte.<sup>164</sup> Dies löste aber keineswegs einen Bauboom aus. Der GBG gelang bis zum Jahre 1904 gerade einmal die Errichtung von zwölf Arbeiterhäusern, wobei die Bautätigkeit in den letzten Jahren nahezu stagniert hatte.<sup>165</sup> Die städtische Beteiligung an der GBG hemmte eine dynamische Entwicklung der Genossenschaftstätigkeit eher, als daß es sie beflügelte. Unter dem Einfluß der mächtigen Hausbesitzerlobby, die in der Stadtverordnetenversammlung stark vertreten war, neigte die Stadtverwaltung und in deren Reihen besonders der verantwortliche Stadtbaumeister dazu, die Wohnungsmisere zu beschönigen. Die Lokalpresse berichtete zwar: "Ein empfindlicher Wohnungsmangel herrscht gegenwärtig in Malstatt-Burbach. Die Folge dieser Kalamität ist, daß die Mietpreise außergewöhnlich hoch sind und noch fortwährend steigen. Die Ursache des Wohnungsmangels ist in erster Linie in dem steten Zuzug von fremden Arbeitern zu sehen. Wenn man ferner die erhebliche Zahl der monatlichen Eheschließungen und die im Verhältnis zu der Größe der Stadt geringe Zahl der Neubauten in Betracht zieht, so muß man sich wundern, daß noch alle Leute Unterkunft finden. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn städtischerseits der Bau von Kleinwohnungen in Aussicht genommen würde."<sup>166</sup> Der Stadtbaumeister und die

---

<sup>163</sup> Vgl. StadtA Sb, MB 379: Situationsplan zum Concessionsgesuch der Saarbrücker Eisenhütten-Gesellschaft vom 10. Mai 1858 behufs der Erbauung von 21 Arbeiterwohnungen in der Gemeinde Malstatt-Burbach (genehmigt am 3. Juni 1858).

<sup>164</sup> Vgl. StadtA Sb, MB 762 u. 763: Die *Gemeinnützige Baugenossenschaft zu Malstatt-Burbach mbH*, gegründet am 30. April 1891.

<sup>165</sup> Vgl. StadtA Sb, MB 779: der Bürgermeister von Malstatt-Burbach an den Vorstand des *Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungsbaus*, dem Dachverband der gemeinnützigen Baugenossenschaften in der Rheinprovinz, v. 29. Dezember 1904.

<sup>166</sup> Vgl. *St. -Johann-Saarbrücker Volkszeitung* v. 1.5.1906.